

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 45 (1966)
Heft: 1

Artikel: Schwerverdiener im Sommer : arbeitslos im Winter
Autor: Fischer, Alfred Joachim
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337784>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

davon ab, daß die Filme vom großen Publikum wie Opium verschlungen werden, und das ist die Gefahr, die Identifikation mit dem Titelhelden James Bond.

ALFRED JOACHIM FISCHER

Schwerverdiener im Sommer — arbeitslos im Winter

Bericht aus Alaska

Als ich Gil Johnson, den Arbeitsminister von Alaska, des 49. und größten amerikanischen Bundesstaates, danach fragte, welches sein größtes Problem sei, antwortete er, ohne auch nur einen Augenblick nachzudenken: «Die katastrophale Fluktuation der Arbeitskräfte.» Eine illustrative Ziffer folgte: «Von den Menschen, die heute in Alaska leben, sind fünfzig Prozent während der letzten fünf Jahre zu- und praktisch ebensoviele abgewandert. Bei einer Gesamtbevölkerung, die 250 000 auf einer siebenmal größeren Bodenfläche als die der Bundesrepublik Deutschland knapp erreicht, bedeutet das praktisch das Fehlen von Stammarbeiterschaft.

Welches sind nun die hauptsächlichen Gründe für diese schon einmalige Wanderbewegung? Zunächst einmal hat Alaska keine wirklichen Großstädte mit den dazugehörigen Annehmlichkeiten, Abwechslung usw. Anchorage steht an der Spitze und kann sich auch nur 50 000 Einwohner rühmen. Das rauhe, teils arktische und teils halbarktische Klima ist nur für körperlich gesunde Menschen erträglich. Bezeichnenderweise liegt das Durchschnittsalter so um die 23 Jahre. Unter den sozialen Problemen des 49. Bundesstaates steht die Altersversorgung an letzter Stelle. Nur wenige Leute — ich traf ein paar Greise, ehemals deutsche Bauern und Goldprospektoren — bleiben, wenn die Haare zu ergrauen beginnen. Natürlich wirkt sich das ungünstig auf die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung aus. Viele Amerikaner machen zwar in Alaska Geld, geben es dann aber in den anderen Bundesstaaten aus.

Wegen der großen Entfernungen und der damit verbundenen Transportkosten kann nur ein geringer Teil der 34 vorhandenen Mineralien gehoben werden. Seit der Stabilisierung des Preises ist Gold weniger lohnend als beispielsweise Quecksilber, und man hat die Mehrzahl der Bergwerke stillgelegt. Mit Kupfer, Eisen, Zinn und sehr hochwertiger Kohle sieht es besser aus. Vor allem aber hat die Natur dem erst 1959 zum Bundesstaat proklamierten Alaska gewissermaßen als Patengeschenk große Vorkommen an Öl und Erdgas geschenkt. Ihre plötzliche Entdeckung gab jenen Pessimisten unrecht, die ein völlig unausgeglichenes Budget und eine entsprechende Verschuldung voraussagten. Allerdings half auch die Bundesregierung in Wa-

shington. Sie verzichtete auf die ihr zustehenden überall sonst einkassierten Schürfrechte. Wahrscheinlich will man wiedergutmachen, was jahrelang an dem vernachlässigten Riesenterritorium versäumt wurde. Sehr viele entdeckten seine Existenz erst, als die Japaner im Zweiten Weltkrieg Attu und Kiska, zwei Inseln der Aleutenkette, besetzten. Damals begann der fieberhafte Bau von militärischen Stützpunkten. Arktische Forschungs- und Wetterstationen und Überlebenschulen wurden angeschlossen. Später folgte die Weltraumforschung. Nach wie vor sind diese Basen oder praktisch die amerikanischen Streitkräfte der weitaus größte Arbeitgeber des ganzen Landes, ohne den Anchorage und Fairbanks nicht existieren könnten und einige sehr unwirtliche Polargegenden keinen Boom erlebt haben würden. Ich unterhielt mich mit dem Küchengehilfen eines solchen Stützpunktes. Bei freier Wohnung, freier Verpflegung, freier Arbeitskleidung und alle drei Monate einen Einwochenurlaub mit Gratisflug in südlichere Regionen beträgt sein monatlicher Verdienst tausend Dollar. 25 Prozent werden, was für alle Löhne und Gehälter in Alaska gilt, von der Steuer nicht erfaßt. Allerdings kann er, dem Nordpol ziemlich nahe, während der Orkane oft tagelang das Haus keinen Augenblick verlassen und die benachbarte Damenwelt besteht ausschließlich aus zwar freundlichen, jedoch nicht besonders anregenden Eskimomädchen.

Für ihn und viele andere wären schon aus Mangel an Versuchung, Geld auszugeben, die Sparmöglichkeiten horrend, würde nicht der Alkoholkonsum einen Riegel vorschieben. Laut amtlicher Statistik ist der Konsum geistiger Getränke relativ achtmal größer als im übrigen Amerika. Für die sogenannte Eingeborenen – Eskimos, Indianer und Alëuten – gibt es kein kritisches soziales Problem, für die Weißen ist es ein sehr kritisches.

Immer noch investieren die Amerikaner in Alaska nur ungern, während die Japaner Kapital und die Geschäftsleistungen einschleusen und Arbeit schaffen. Ihr Hauptinteresse gilt der Holzbranche und dem Fischereiwesen.

Beide Sozialpartner sind in Alaska recht straff organisiert. So entfalten die Handelskammern, denen die Unternehmer angehören, auch eine rege gesellschaftliche Tätigkeit und begründeten sie Informationsbüros für Fremde bei einem sehr expansionslustigen Tourismus. Das *Closed-shop*-System ist im 49. Bundesstaat legal. Ständig wächst die Zahl der Betriebe mit Zwangsgewerkschaften, denen sich jeder Arbeitnehmer nach einer ziemlich kurzen Zeit anschließen muß. Übrigens gilt das auch ausnahmslos für die Zivilangestellten der militärischen Stützpunkte. Ein großes Anchorage Kaufhaus, das sich bisher dem «closed shop» erfolgreich widersetzt, wird von den Gewerkschaften boykottiert. Wer dort nach anfänglichen Verwarnungen und Strafen weiter einkauft, riskiert seinen Ausschluß.

Nach dem Erdbeben vom 27. März 1964 mußte Anchorage zu großen Teilen wieder aufgebaut werden, andere Orte, wie Seward, Valdez, Cordova

und Kodiak sogar hundertprozentig. Mit Hilfe der Gewerkschaften glückte es damals, eine Lohn- und Preisinflation zu vermeiden. Wie mir der Vorsitzende der sehr mächtigen Bauarbeitergewerkschaft, Ed Obreck – er ist gleichzeitig Mitglied des Repräsentantenhauses von Alaska –, berichtete, gab es in diesem Gewerbe seit fünfzehn Jahren keinen Streik mehr. Die Bauarbeiter sind ausnahmslos gewerkschaftlich organisiert und gut diszipliniert. Im allgemeinen verlangen die Gewerkschaften dreißig Tage vor Ablauf eines Kontrakts mit den Unternehmern Verhandlungen über einen neuen und verbesserten. Vermittler des Staates und sogar der Bundesregierung können eingeschaltet werden und eine achtzehntägige sogenannte «Abkühlungsfrist» verfügen. Danach haben die Behörden keine Möglichkeit mehr, legale Streiks zu verhindern, die aber in Alaska auch außerhalb des Baugewerbes verhältnismäßig selten vorkommen.

Lohn- und Preisvergleiche mit dem übrigen Amerika sind kompliziert. Schon innerhalb Alaskas stößt man auf beträchtliche Unterschiede. Lebensmittelpreise in der südlich gelegenen Hauptstadt Juneau liegen durchschnittlich um 22 Prozent höher als im Staat Washington, in dem drei Flugstunden nördlicheren Fairbanks sind es bereits 42 Prozent, und im Polargebiet wie Kotzebue, Point Hope und Barrow schätzungsweise hundert Prozent. Man kommt aber leicht auf eine Milchmädchenrechnung. Praktisch gehen alle männlichen Einwohner Alaskas – und interessanterweise auch viele Frauen – auf die Jagd und treiben bei einem Überfluß an Königslachsen Fischfang. Bereits ein Elch liefert der Kühltruhe dreihundert Pfund tadelloses Fleisch. Zwei junge deutsche Einwanderer leben in Anchorage hervorragend vom Fabrizieren der Elch- und Rentierwürste für die Jäger, also praktisch die gesamte Bevölkerung. Kurz, die Selbstversorgung nimmt Ausmaße an wie sie anderswo während der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts kaum mehr vorstellbar sind. Vergleichen wir wieder mit dem nächstgelegenen Staat Washington, dann sind in Alaska Kleider und Schuhe dreizehn bis neunzehn Prozent teurer, Mieten und Häuser jedoch zwischen vierzig und sechzig Prozent. Den durchschnittlichen Wohnstandard fand ich für amerikanische Verhältnisse niedrig. Man kauft sich die Einrichtung etwas bunt gewürfelt zusammen und veräußert sie beim Weiterwandern wieder. Für die nomadenhafte Atmosphäre sprechen auch die großen Kolonien der Wohnwagen. Hingegen leisten sich sehr viele den Luxus eines Privatflugzeuges. Darin steht Anchorage in der ganzen Welt an erster Stelle. Bei gutem Wetter startet oder landet alle zwei Minuten eine solche Maschine.

Einschließlich der Steuervergünstigungen, aber die sehr gut bezahlten Überstunden nicht mitgerechnet, verdient der Alaskaner zwischen fünfzig und hundert Prozent mehr als der Bürger des Staates Washington. Die Krankenkassen, um die die Gewerkschaften besonders bemüht sind, funktionieren

reibungslos. Bei freier Arzt- und Zahnarztwahl kann jedes versicherte Mitglied für Behandlung, Medikamente, Brillen und Krankenhausbett bis zu 750 Dollar im Jahr ausgeben. Hospitäler und Ambulanzen stehen auch den Familien kostenfrei zur Verfügung.

Auf der Minusseite steht die saisonbedingte Arbeitslosigkeit, die während des Winters bei zwanzig bis sechzig Grad Kälte das Baugewerbe und verwandte Branchen praktisch lahmlegt. Wer ab 26 Wochen beschäftigt war, erhält eine Arbeitslosenunterstützung von minimal fünfzig, maximal siebzig Dollar wöchentlich. Verläßt er Alaska, so reduziert sie sich auf einen Zwanzig-Dollar-Durchschnitt, was dennoch sehr viele nicht davon abhält. Bezeichnend scheint mir das Beispiel des Mitgliedsbeitrages einer großen Gewerkschaft: Im Sommer beträgt er zwölf Dollar monatlich, im Winter genau die Hälfte, wovon der Internationalen Gewerkschaft so oder so ein Dollar zufließt.

Sehr viele Stellungssuchende, die nach Alaska kommen und Goldrauschphantasien mitbringen, versagen. Nur harte Arbeit wird hier gut bezahlt. Nicht wenige geraten in finanzielle Schwierigkeiten, verkaufen den Wagen, mit dem sie eingetroffen waren. Fast neue Autos kosten in Alaska weniger als überall sonst auf dem nordamerikanischen Kontinent. Facharbeiter haben die besten Chancen. Um diesem Mangel abzuhelfen, werden auch mehr und mehr Gewerbeschulen eröffnet, darunter drei für Eingeborene, die sich ohne jede Tradition dem technischen Zeitalter merkwürdig leicht anzupassen wissen.

Bevor Alaska wirtschaftlich auf einigermaßen gesunden Füßen steht, wird es aber den zu Beginn unserer Betrachtung erwähnten zuviel fluktuierenden Arbeitsmarkt stabilisieren müssen. Wie weit man davon noch entfernt ist, beweist eine symptomatische Ziffer. Im Arbeitsministerium, das sehr günstige Bedingungen bietet und wo niemand vom Gespenst des Stellungsverlustes bedroht ist, wandern dennoch jedes Jahr unter hundert Angestellten dreißig ab.